Gastbeiträge - 01.04.2016 – FR-Online / gedruckte Ausgabe: 2.4.2016, S.

***AfD***

# *Der Gegenentwurf zur Kaltherzigkeit*

*Von Thomas Falkner und Horst Kahrs*

***Wie umgehen mit der fremdenfeindlichen AfD? Darüber wird nicht nur in den Parlamenten entschieden, sondern vor allem in der Gesellschaft. Ein Gastbeitrag.***

Die Landtagswahlen vom 13. März waren nicht einfach nur „Protestwahlen“. Bislang randständige nationalkonservative, nationalliberale und christlich-fundamentalistische Milieus einerseits sowie neo-völkische Strömungen andererseits treten aus dem Schatten und formieren eine Bewegung der kulturellen und sozialen Revanche, die sich parlamentarisiert.

Ihre Brisanz liegt in der gesellschaftlichen Breite, in Einfluss und Verankerung bis in die soziale Mitte hinein, über Milieu- und Parteigrenzen hinweg. Sie verfügt über ein intellektuelles Hinterland bis in die Eliten des Landes. Und ihr folgen jene, die von den sozialen Ungleichheiten, von den Machtasymmetrien unserer Gesellschaft betroffen sind oder sich betroffen fühlen – und die Rettung nicht mehr in der Gleichheit der Menschen, sondern in der gewollten Ungleichheit zu den eigenen Gunsten sehen.

Bei einer Partei im Werden verbieten sich vorschnelle Etikettierungen. Aber die AfD in ihrer Vielfalt verbindet das Nein zu einer Einwanderungsgesellschaft, die von nicht mehr, aber eben auch nicht weniger als den gelebten Normen des Grundgesetzes zusammengehalten wird.

Soziale Notlagen und Abstiegsängste können nicht als Legitimation dienen, keine weiteren Schutzsuchenden aufnehmen zu wollen. Aber Diskursgemeinschaften und Netzwerke, Familien und Freundeskreise geraten zunehmend unter Spannung. Angesichts der Krisen der letzten Jahre wird schon länger gefragt, ob wir in diesem Land so weiter leben können wie bisher. Ob die Politik daran schuld ist. Ob sie in der Lage ist, unser Leben auf gute Art neu zu ordnen. Ob wir die richtigen Strukturen und Institutionen dafür haben.

Für die politische, erst recht die parlamentarische Auseinandersetzung geht es vor allem um diese Dinge – und erst in zweiter Linie darum, wie man die AfD als konkurrierende Fraktion behandeln soll. Und dennoch ist dies für die Parlamente eine Frage. Abgrenzen – ja, ausgrenzen – nein, so könnte man die Praxis des Parteienbogens von CDU, SPD, Linken, Grünen und Freien Wählern im Brandenburger Landtag auf einen Punkt bringen. Keine Geschäftsordnungstricks, aber auch keine Blankoschecks für die AfD. Offeriert sie eine allzu fragwürdige Personalie, so bleibt ihr Platz im Parlamentarischen Kontrollgremium schon mal eine Weile unbesetzt. Keine Verweigerung von Debatten, aber auch keine Aufwertung populistisch formulierter Anträge.

*Keine Hysterie, aber klare Kante*

In der Regel gibt es eine gemeinsame Antwort diesseits der AfD, manchmal antworten Opposition und rot-rote Koalition getrennt, aber in derselben Richtung. Keine Hysterie, aber klare Kante in Aktuellen Stunden. AfD-Vize Gauland gibt genug Anlass dafür – und selten war es so wohltuend, plurale Vielfalt einerseits und Gemeinsamkeit der Demokraten andererseits zu erleben.

In Brandenburg war nach der Wahl 2014 der parlamentarische Spielraum zwar enger geworden – neue Koalitionsbildungen, die es wiederum den „etablierten Parteien“ erschweren, Unterschiede kenntlich und längerfristige Richtungsfragen entscheidbar zu machen, waren aber nicht erforderlich. Dennoch legt die AfD auch in Brandenburg zu. Das zeigt: Entschieden wird über die künftigen politischen Kräfteverhältnisse vor allem in der Gesellschaft selbst. Die aber ist weit mehr als AfD und Pegida – sie ist auch die sozialen Bewegung der praktizierten Menschenrechte, des menschenfreundlichen Pragmatismus im Umgang mit Schutzsuchenden.

Einwanderungsgesellschaft zu werden ist ein komplexer, konflikthafter Weg. Gebraucht wird eine Politik, die in diesen Konflikten konkret Partei ergreift, mit der und durch die eine Gesellschaft sich verständigt, lernt, was sie leisten kann, wie sie sich ohne Schaden zu nehmen als offene Gesellschaft gestalten kann. Pragmatisches politisches Handeln, das im Maße seines Erfolges zugleich die Verhältnisse umwälzt, kann in diesen Zeiten für linke Politik das Gebot der Stunde und Chance zugleich sein.

Die Anhänger aller Parteien gaben jüngst an, dass „soziale Gerechtigkeit“ zu den drei wichtigsten Themen bei ihrer Wahlentscheidung gezählt habe. Offensichtlich ist das Verständnis, wie die soziale Frage heute lautet und was soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert auszeichnet, gesellschaftspolitisch umstritten. Verteilungsfragen sind ein Aspekt, Werte und Normen ein anderer.

Kann dieser Deutungskampf in der Gerechtigkeitsfrage gemieden werden? Muss nicht deutlicher darüber gesprochen werden, wie das Land 2030 aussähe, wenn es gerechter zuginge? Zählt zur neuen sozialen Frage nicht auch, wie die interkulturelle und demokratische Kompetenz, die sozialen Ressourcen verteilt sind, um den Lebensalltag in einer Einwanderungsgesellschaft gestalten zu können? Wäre es nicht den globalen Verdichtungen angemessen, als Linke die soziale Frage immer auch als globale soziale Frage der Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zu behandeln? Zählt zu den sozialen Brennpunkten nicht auch der „Kampf um die Dörfer“ in schrumpfenden ländlichen Regionen mit zusammenbrechender Infrastruktur?

Was wir brauchen, ist eine sowohl verbal bekundete als auch ins Praktische überführte Mischung aus menschlicher Wärme, Offenheit und gut funktionierendem, gerechtem Staat. Das ist der Gegenentwurf zu Kaltherzigkeit, Hass, Abschottung und strengem Staat. Und das, was die übergroße Mehrheit der Gesellschaft will und erwartet.

*Thomas Falkner arbeitet für den Fraktionsvorstand der Linken im Landtag Brandenburg.*

*Horst Kahrs arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Wahlverhalten und Demokratie.*

Artikel URL: [http://www.fr-online.de/gastbeitraege/afd-der-gegenentwurf-zur-kaltherzigkeit,29976308,34033388.html](http://www.fr-online.de/gastbeitraege/afd-der-gegenentwurf-zur-kaltherzigkeit%2C29976308%2C34033388.html)